

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Brigitte Freihold, Dr. Petra Sitte, Doris Achelwilm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 19/10754 –**

Freie Eintritte für alle – Kulturelle Teilhabe gewährleisten

A. Problem

Alle Kultureinrichtungen, die der Bund fördert, sollen kostenfreien Zugang gewähren. So müssten Dauerausstellungen, an bestimmten Tagen auch Sonderausstellungen, in Museen ohne Eintritt zugänglich sein, fordert die Fraktion DIE LINKE. in ihrem Antrag und verlangt, dass pädagogische, partizipative und kulturvermittelnde Angebote den freien Zugang ergänzen.

Bisher gehörten kulturelle Teilhabe und kulturelle Bildung in Deutschland nicht zur Realität. Öffentlich geförderte Kulturangebote erreichten nur eine privilegierte Minderheit der Bevölkerung. Um eine Vielzahl von Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen und Hintergründen anzusprechen, müssten Angebote flächendeckend kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/10754 abzulehnen.

Berlin, den 21. April 2021

Der Ausschuss für Kultur und Medien

Katrin Budde
Vorsitzende

Melanie Bernstein
Berichterstatterin

Martin Rabanus
Berichterstatter

Dr. Marc Jongen
Berichterstatter

Hartmut Ebbing
Berichterstatter

Brigitte Freihold
Berichterstatterin

Erhard Grundl
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Melanie Bernstein, Martin Rabanus, Dr. Marc Jongen, Hartmut Ebbing, Brigitte Freihold und Erhard Grundl

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/10754** in seiner 218. Sitzung am 25. März 2021 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz und den Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Alle Kultureinrichtungen, die der Bund fördert, sollen kostenfreien Zugang gewähren. So müssten Dauerausstellungen immer und Sonderausstellungen in Museen an bestimmten Tagen ohne Eintritt zugänglich sein, fordert die Fraktion DIE LINKE. und verlangt, dass pädagogische, partizipative und kulturvermittelnde Angebote den freien Zugang ergänzen.

Bisher gehörten kulturelle Teilhabe und kulturelle Bildung in Deutschland nicht zur Realität. Öffentlich geförderte Kulturangebote erreichten nur eine privilegierte Minderheit der Bevölkerung. Um eine Vielzahl von Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen und Hintergründen anzusprechen, müssten Angebote flächendeckend kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Dies gelte zum Beispiel für vom Bund geförderte Kultureinrichtungen wie die Akademie der Künste, Museen in Marbach und Frankfurt oder Kulturveranstaltungen des Bundes in Berlin.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** empfahl in seiner 143. Sitzung am 21. April 2021 die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen** empfahl in seiner 77. Sitzung am 21. April 2021 die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** empfahl in seiner 70. Sitzung am 21. April 2021 die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Berlin, den 21. April 2021

Melanie Bernstein
Berichterstatterin

Martin Rabanus
Berichterstatter

Dr. Marc Jongen
Berichterstatter

Hartmut Ebbing
Berichterstatter

Brigitte Freihold
Berichterstatterin

Erhard Grundl
Berichterstatter